

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter der Bürgerinitiative Klima schützen. Jetzt!
sehr geehrte Damen und Herren,

gerne beantworte ich Ihre Fragen bzw. Wahlprüfsteine zur bevorstehenden
Landtagswahl im Namen der Internationalistischen Liste / MLPD.

Vorab ein Hinweis:

Wir sind der Auffassung, dass nur ein weltweiter aktiver Widerstand der Völker
unter führender Beteiligung der Arbeiterklasse die Umwelt und das Klima vor der
kapitalistischen Profitwirtschaft retten können wird.

Unsere Kandidatur zur Landtagswahl und eventuelle parlamentarische Arbeit soll
in erster Linie dem dienen.

Allgemeine Fragen:

- Langfristiges Ziel der Bundesregierung ist es bis 2050 weitgehend
treibhausgasneutral zu werden. Auch das Land Thüringen hat sich zum
Klimaschutz bekannt. Das Thüringer Klimaschutzgesetz sieht allerdings nur
eine verhältnismäßig überschaubare CO₂-Reduktion gegenüber dem
Referenzjahr 1990 von lediglich 60 % bis 2030, 70% bis 2040 und 80% bis
2050 vor. Was ist Ihre Meinung zum Thüringer Klimagesetz 2018 und zur
Thüringer Klimaschutzstrategie? Halten Sie diese Diskrepanz zwischen den
Notwendigkeiten und den Zielen im Thüringer Klimagesetz für angemessen?

*Beide Ziele sind völlig unzureichend. Das „Klimaschutzpaket 2030“ der
Bundesregierung ist ein grün lackiertes Subventionsprogramm für Konzerne auf
Kosten der Massen. Die Konzerne als Hauptverursacher der Umweltkrise
werden aus der Schusslinie genommen. Bereits 1,5 Grad Erderwärmung
bedeuten irreversible Schäden und eine nachhaltige Zerstörung der Einheit von
Mensch und Natur. Das Pariser Klimaabkommen und die Beschlüsse der
Bundes- und Landesregierung dazu sind völlig unzureichend. Die Entwicklungen
auf der Welt und auch in Thüringen in den letzten Wochen und Monaten
bestätigen das in der Praxis. Katastrophenalarm ist angesagt und eine
kämpferische gesellschaftsverändernde Umweltbewegung nötig, die die
Profitwirtschaft der Konzerne ins Visir nimmt.*

- Welche darüber hinaus gehenden verbindlichen Klimaschutzziele würden Sie
als politische Mandatsträger der Landesverwaltung vorgeben?

*Notwendig ist die Senkung des weltweiten CO₂-Ausstoßs um 70 bis 90 % bis
2030 und die Senkung des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre auf unter 350ppm.
Nach einer Studie der Stanford-Universität würden Investitionen von ca. 7% des*

Weltsozialprodukts erforderlich sein, um bis 2030 weltweit die Energieversorgung umzustellen. Das ist unser Maßstab.

- Wie stehen Sie zu den Umsetzungsmaßnahmen der Thüringer Energie- und Klimaschutzstrategie? Halten Sie den freiwilligen und informellen Charakter der meisten Maßnahmen für zielführend im Sinne eines nachhaltigen Klimaschutzes obwohl im Rückblick konstatiert werden muss, dass die auf Freiwilligkeit basierenden Maßnahmen bislang kaum umfänglich klimaschonende Wirkung entfaltet haben?

Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft, bei der der Maximalprofit über alles, auch über Leichen, geht. Absichtserklärungen und unverbindliche Bittstellungen haben noch nie etwas grundlegendes bewirkt. Die Hauptverursacher des Umschlags in die globale Umweltkatastrophe, die größten Konzerne der Welt lassen sich auch nicht durch Dekrete in ihrer Tätigkeit einschränken. Sie geben ihren Produkten höchstens Öko-Label und einen grünen Anstrich. Notwendig sind verbindliche Vorgaben und strenge Bestrafung von Verstößen. Die Diktatur dieser Konzerne muss überwunden werden, nur dann kann die Einheit von Mensch und Natur bewusst hergestellt werden.

- Welche Schwerpunkte wollen Sie in der künftigen Legislaturperiode in den Themenfeldern Klimaschutz und Energiewende setzen und welche Maßnahmen daraus wollen Sie in der künftigen Legislaturperiode vorrangig angehen?

*Radikaler Umweltschutz auf Kosten der Profite!
Aktive Förderung einer breiten, überparteilichen und gesellschaftsverändernden Umweltbewegung, um das durchzusetzen.*

Sektor Industrie

- Welche Möglichkeiten sehen Sie, Thüringer Klimaschutzziele auch im Sektor Industrie, GHD durchzusetzen?

*Für die großen Konzerne, von denen auch einige in Thüringen tätig sind, muss das Verursacherprinzip gelten: Sie müssen für die Schäden, die sie der Menschheit angetan haben, zur Kasse gebeten werden.
Konkret: Vorgaben zur Emissionssenkung. Vorgaben zur Umstellung bzw. Abschaffung umweltschädlicher Produktionsverfahren und Produkte.
Strikte Unterbindung der Schadstoffeinleitung in Böden, Wasser und Luft.
Die Strukturkrise in der Autoindustrie bedroht in Thüringen Tausende Arbeitsplätze. Hier ist die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen z.B. in der Entwicklung von Produktion der Brennstoffzelle als umweltfreundliche Alternative zu Verbrennungsmotoren notwendig.
In der Kaliproduktion muss die Verpressung von salzhaltigem Prozesswasser*

gestoppt werden, dafür die Salzhalden wie der „Monte Kali“ abgebaut, und als Füllstoff für die Verfüllung der Schächte sowie als Rohstoff verwendet werden. Bei Opel Eisenach muss die von der Landesregierung genehmigte Anlieferung der Teile für den „Grandland“ per LKW sofort gestoppt und die Anlieferung über die Schiene (wie es bei der bisherigen Produktion Standard war) wieder eingeführt werden.

- Halten Sie die Erstellung detaillierter Abwärmekataster für zielführend und würden sich für die flächendeckende Veröffentlichung engagieren?

Verbindliche Vorgaben haben generell nur Sinn und Zweck, wenn sie auch kontrollierbar sind.

Sektor Strom:

- Würden Sie sich dafür einsetzen, dass die Thüringer Energieversorgungsunternehmen mehr in Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien investieren, um die Kunden mit mehr regionalem Ökostrom versorgen zu können?

Nicht nur „mehr“: Thüringer Energieversorgungsunternehmen sollten keine Ersatzinvestitionen in Anlagen der konventionellen Energieerzeugung tätigen. Es muss Stück für Stück, aber schnellstmöglich auf 100 % erneuerbare Energien umgestellt werden und dazu vor allem dezentrale Anlagen errichtet werden, statt einseitig auf Großprojekte zu setzen.

- Wie wollen Sie den Ausbau von Solarstromanlagen fördern?
 1. *Staatliche Investitionen und solche durch Unternehmen in kommunaler oder landeseigener Trägerschaft.*
 2. *Förderung privater Investitionen wieder erhöhen statt Atomstrom und die Fortsetzung der AKW-Laufzeiten zu subventionieren.*
- Wie wollen Sie den Ausbau von Windstromanlagen fördern? Wie werden sie sicherstellen, dass 1% der Landesfläche für Windstromnutzung zur Verfügung steht wie im Klimaschutzgesetz festgeschrieben?

Wie viel Prozent der Landesfläche dafür zur Verfügung gestellt werden, ist nicht entscheidend. Entscheidend ist, ob die Erzeugung von erneuerbaren Energien die Einheit von Mensch und Natur bewahrt. Es gibt zunehmend berechtigte Kritiken am Bau von Mega-Windkraftanlagen oder auch bestimmten Produktionsverfahren von Solar-Anlagen. Vor allem die großen Energie- und Industriekonzerne zerstören diese Einheit zugunsten der Erzielung von Maximalprofit.

Sektor Wärme:

- Setzen Sie sich dafür ein, dass künftige Neubaustandards im kommenden Gebäudeenergiegesetz auf technisch erprobte und ambitioniertere Energiestandards (z.B. Passivhaus, KfW 40+) orientiert werden?

Ja

- Setzen Sie sich für die angemessene energetische Nachrüstung von Gebäuden mit besonders erhaltenswerter Bausubstanz ein, wie es im Sinne der Nachhaltigkeit und Daseinsfürsorge geboten ist?

Ja, unter Berücksichtigung der Mieterinteressen.

- Wie wird ihr Engagement hinsichtlich des strukturellen Umbaus von Fernwärmeversorgung zu Niedertemperaturnetzen mit Einspeisung erneuerbarer Wärmequellen aussehen?

Wir sind offen für neue Konzepte und Technologien. Entscheidend ist für uns bei allem der Maßstab der Einheit von Mensch und Natur. Alles, was dem nützt und die Menschheit voranbringt, verdient Unterstützung.

- Wie wollen Sie den Ausbau von Solarwärmeanlagen fördern?

In dem bei öffentlicher Förderung solche Konzepte Vorrang haben, die dem neuesten Erkenntnisfortschritt entsprechen. Dabei müssen aber ausdrücklich auch weitere Faktoren wie Auswirkungen auf das Wohnumfeld usw... berücksichtigt werden.

- Welche Schwerpunkte werden Sie in der künftigen Legislaturperiode im Bereich Wärme und Wärmedämmung umsetzen?

Siehe Antwort zur Fernwärmeversorgung

Sektor Mobilität

- Haben sie ein verkehrspolitisches Konzept, welches den motorisierten Individualverkehr (MIV) verringert?

Kostenloser öffentlicher Nahverkehr! Wo immer möglich, muss gelten: Von der Straße auf die Schiene – das betrifft u.a. den ausufernden LKW-Verkehr.

- Sind Sie für eine kurzfristige Umstellung des öffentlichen Regionalverkehrs auf umweltfreundlichere alternative Antriebe?

Ja.

- Sind Sie für eine Förderung der nichtmotorisierten Mobilität durch Flächenumwidmung (Ausweitung der Fußgängerzonen, Fahr- und Parkraum zu Radwegen, grundsätzliche Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr und dgl.)?

Ja. Gerade beim Thema Radwege haben viele Thüringer Städte Nachholbedarf

- Unterstützen Sie die Forderung nach einer Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h auf allen Straßen im Stadtgebiet ohne Mittel-Fahrbahnmarkierungen?

Nicht pauschal, auch wenn das in vielen Fällen eine sinnvolle Forderung ist.

- Welche Schwerpunkte wollen Sie in der künftigen Legislaturperiode im Bereich nachhaltige Mobilität umsetzen?

Auch hier: Kostenloser ÖPNV auf Basis erneuerbarer Energien!

Sektoren Ernährung & Konsum:

- Wie wollen Sie Müllvermeidung fördern?

Das unsinnige „Grüner Punkt“-System muss ersetzt werden durch eine konsequente Müllvermeidung (v.a. Verpackung und Einwegprodukte) und die schrittweise Durchsetzung von Recycling-Verfahren in allen Bereichen von Produktion und Konsumtion.

Durch aktive Aufklärungsarbeit über die Gefahren vor allem von Plastikmüll und Förderung alternativer Verpackungsmöglichkeiten bzw. deren Vermeidung. Grundsätzlich ist das allerdings ein Problem, was weniger vom individuellen Verhalten des Einzelnen abhängt, sondern von der Art und Weise der Produktion durch die großen Agrar-, Handels-, und Industriekonzerne.

- Haben Sie Ideen für Recyclingsysteme die Sie umsetzen möchten?

Ja, wir unterstützen die Umweltgewerkschaft e.V., welche sich für das sogenannte Kryo-Recycling-Verfahren einsetzt, welches durch ein spezielles Tiefkühlverfahren eine Recyclingquote von 100 % garantieren würde.

- Welche Schwerpunkte wollen Sie in der künftigen Legislaturperiode im Bereich Ernährung und Konsum umsetzen?

*Kostenlose und gesunde Versorgung in Kitas und Schulen und aktive Gesundheitsaufklärung beginnend in der Kita. Massive Einschränkung der Werbung für gesundheitsschädliche Produkte.
Landesweite Initiative zur Förderung des Verbrauchs und Absatzes regionaler Produkte aus umweltverträglicher Herstellung und entsprechende Hilfen an die Landwirtschaft.*